

Wera Reusch

Ein Land, das seine Geheimnisse  
zu wahren weiß

Äthiopien vom 12. 11. 1997 bis 10. 2. 1998,  
betreut von der Heinrich-Böll-Stiftung

# Inhalt

Zur Person	534
Zeichen	534
Freie Presse	535
Vögel singen	537
All papers in one	538
Dreierlei Systeme	539
Äpfel und Birnen	540
Spielregeln	542
Was geht hier vor?	543
Ein Volk oder 80 Völker?	544
Zurück zum Zeichentisch	546
Wie schreibt sich Pepsi?	547
Die Gretchenfrage	548
Regen	550
Land	551
Traglasten	553
Wahrheiten	554



*Wera Reusch*, geboren 1963, Studium der Ethnologie, Romanistik und lateinamerikanischen Geschichte in Göttingen, Köln und Caracas. Ab 1990 entwicklungspolitische Beraterin der „Frauen-Anstiftung“ und freie Journalistin, seit 1993 Redakteurin der Kölner „StadtRevue“.

## Zeichen

Es gibt keine Straßenschilder in Addis Abeba. Kein einziges. Nicht ein Schild, das Stopp oder Vorfahrt anzeigen würde, nicht eines, das Richtungen oder Stadtteile bezeichnen würde und auch keines, das den Namen einer Straße verraten würde. Nun ist Addis - wie die Stadt von den Einheimischen genannt wird - aber beileibe kein überschaubares Dorf, sondern eine afrikanische Metropole mit 2,4 Millionen Einwohnern, die unter anderem Sitz der OAU ist. Um so erstaunlicher ist, daß die äthiopische Hauptstadt ohne Zeichen auskommt, zumindest ohne solche, die westliche Besucher erwarten und verstehen würden, nämlich Schilder und Schrift (und diese vorzugsweise in lateinischen Buchstaben). Auch ein weiteres gewohntes Hilfsmittel, der Stadtplan, ist in Addis Abeba ohne Bedeutung. Ein offizieller Stadtplan ist selten erhältlich, die vagen Zeichnungen, die vom Tourismusbüro verteilt werden, verweisen auf größere Hotels und nennen die Namen einiger Hauptachsen. Es zeigt sich jedoch, daß diese Bezeichnungen in einigen Fällen nichts mit der Realität gemein haben. Die Straße, die zum **Bole-Airport** führt, wird **Bole Road** genannt und nicht Africa Avenue, wie uns der Plan glauben macht. Selbstverständlich orientieren sich die Einwohner von Addis Abeba ganz leicht in ihrer Stadt, sie kennen die Namen größerer Straßen und Plätze, sie wissen, an welcher Kreuzung wer Vorfahrt hat, sie wissen auch, wo sich die Grenze des Viertels Casances befindet. Daß kein Mensch weiß, wie der Name dieses Viertels eigentlich geschrieben wird (**Kazanches?** Casa **Inces?**), ist für sie von untergeordneter Bedeutung. Addis funktioniert also durchaus, aber nach „unsichtbaren“ und „ungeschriebenen“ Gesetzen - legt man eine westliche Perspektive zugrunde.

## Freie Presse

Die englischsprachige Wochenzeitung *Press Digest*, in der ich mitarbeitete, erschien erstmals im Oktober 1993. Sie ist damit eine der zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften privater Eigentümer, die seit dem Regierungswechsel 1991 wie Pilze aus dem Boden schössen. Während unter dem sozialistischen Militärregime Mengistu Haile Mariams eine freie Presse ebenso undenkbar war wie zu Zeiten des Kaisers Haile Selassie, markierte der Sieg der Befreiungsbewegung EPRDF (Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front) über Mengistus Truppen und ihre Machtübernahme 1991 den Beginn entscheidender Veränderungen, auch hinsichtlich des Presserechts. Im Rahmen ihrer Demokratisierungsbemühungen verkündete die EPRDF-Übergangsregierung am 21. 10. 1992 ein Pressegesetz (Proklamation 34/1992). Darin wurde jegliche Zensur abgeschafft und Pressefreiheit garantiert. Äthiopische Staatsbürger, die eine Presstätigkeit ausüben wollen, müssen sich registrieren lassen und eine Lizenz beim Informationsministerium beantragen. Ein Recht auf Zugang zu Informationen aus staatlichen Quellen wurde gesetzlich verankert. Seit Inkrafttreten dieses Gesetzes haben laut Angaben des Informationsministeriums 270 private Zeitungen und 121 private Zeitschriften eine entsprechende Lizenz erhalten. Nicht alle konnten sich jedoch auf dem Markt behaupten. Neben der Regierungspresse werden derzeit, offiziellen Angaben zufolge, 94 private Zeitungen und neun private Zeitschriften publiziert.

Verfolgt man die Veröffentlichungen, so fallen vor allem die vehementen Auseinandersetzungen zwischen Regierung bzw. Regierungspresse und „privater“ oder - wie sie sich selber nennt - „freier“ Presse auf. Pressefreiheit ist ein ständig wiederkehrendes Thema in den Publikationen, aber auch in Gesprächen mit Kollegen und Kolleginnen. Unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung weisen diejenigen, die für private Zeitungen arbeiten, immer wieder auf die vielfachen Einschränkungen und Repressalien hin, die das — seit Dezember 1994 auch verfassungsmäßig garantierte - Recht auf Pressefreiheit in der Praxis ad absurdum führen. Selbst in Redaktionen, die als „regierungsfreundlich“ gelten, wird geklagt, daß Vertreter der freien Presse von allen offiziellen Pressekonferenzen und Informationskanälen ausgeschlossen sind, daß ein Vertrieb ihrer Zeitungen außerhalb Addis Abebas nicht möglich ist und daß der Zeitungsdruck unverhältnismäßig hoch besteuert wird. Angesichts dessen, daß ca. zwei Drittel des Erlöses für Druckkosten aufgebracht werden müßten, sei eine ökonomische Weiterentwicklung der Verlage enorm erschwert, klagt z. B. eine englischsprachige Tageszeitung.

Die massivsten Behinderungen erfahren zweifellos die Publikationen, die scharfe Kritik an der Regierungspolitik üben. Verhaftungen sind hier an der Tagesordnung. Laut Angaben von Amnesty International wurden seit Inkrafttreten des Pressegesetzes mehr als 150 äthiopische Journalisten

inhaftiert. In einer von „Reporters sans frontières“ geführten Statistik nahm Äthiopien mit 13 inhaftierten Journalisten Ende 1997 weltweit den ersten Rang ein, gefolgt von China und Nigeria. Seit September 1997 haben sich die Repressionen verschärft. Im Februar 1998 befanden sich nach Angaben der privaten Presse bereits 21 Journalisten in Haft, fünf Wochenzeitungen haben seit Januar 1998 ihr Erscheinen eingestellt, da Herausgeber und/oder Redakteure im Gefängnis sitzen. Als Höhepunkt der aktuellen Verhaftungswelle kann zweifellos die Verhaftung von vier Mitgliedern der *Tobia*-Redaktion gelten, die eine Wochenzeitung und ein Monatsmagazin in amharischer Sprache produziert. Die beiden namensgleichen Publikationen gelten als die kompetentesten und einflußreichsten kritischen Stimmen in der äthiopischen Presselandschaft. Was den Verhaftungen am 16. 1. 1998 eine zusätzliche dramatische Dimension verlieh, war die Tatsache, daß einige Stunden später in den Verlagsräumen ein Feuer ausbrach, dessen Ursache bis heute unbekannt ist. Daß die Polizei aus Gründen der „Überarbeitung“ tagelang nicht in der Lage war, den Unfallort zu besichtigen, schürte Gerüchte, wonach das Feuer von offizieller Seite gelegt worden sei, um den Verlag zu zerstören. Tatsächlich sind die Büros samt Computern, Archiv etc. völlig ausgebrannt, der Sachschaden wird vom Verlag auf 44 000 \$ geschätzt. Die Publikation von *Tobia* wurde bis auf weiteres eingestellt.

In der Regierungspresse war über diese Vorfälle keine Zeile zu lesen. Die Pressefreiheit war aber zeitgleich durchaus Thema in den staatlich kontrollierten Medien. Anlässlich eines Besuchs des niederländischen Außenministers Hans van Mierlo Ende Januar 1998 betonte der äthiopische Premierminister Meles Zenawi, es herrsche Pressefreiheit. Das Pressegesetz ziele darauf ab, Verstöße gegen die journalistische Ethik zu ahnden und zu verhindern, daß eine verantwortungslose Presse zu Rassenhaß aufstachele. Eine Bemerkung, die auf den Fall *Tobia* gemünzt sein könnte - denn der offizielle Vorwurf lautete tatsächlich „Aufstachelung zum Rassenhaß“. Eine „völlig haltlose Propaganda“, wehren sich die Vertreter von *Tobia*, das Gegenteil sei der Fall: „Wir argumentieren ständig gegen ethnisierte Politik, treten für Brüderlichkeit und Gleichheit zwischen den äthiopischen Völkern ein.“ Der Artikel, der laut *Tobia* für Nervosität im Regierungslager gesorgt und die Verhaftungen ausgelöst hatte, war tatsächlich kaum geeignet, Rassenhaß zu fördern. Es handelte sich vielmehr um die Veröffentlichung eines internen Dokuments einer UNO-Abteilung in Addis Abeba, in dem die Mitarbeiter Anweisungen erhielten, wie sie sich im Falle einer möglichen politischen Krise in Äthiopien zu verhalten hätten. Ein Fall, der deutlich zeigt, wo die wirklichen Empfindlichkeiten liegen und wie dehnbar das Presserecht ist. Sowohl die „International Federation of Journalists“ wie auch „Reporters sans frontières“ sahen in dem Vorgehen gegen *Tobia* eine neue Qualität der Angriffe auf die freie Presse in Äthiopien und forderten die internationalen Geberländer auf, ihre Zuwendungen an Äthiopien davon abhängig zu machen, ob die Regierung die Freiheit der Presse respektiert.

## Vögel singen

„Seit dem Sturz des diktatorischen Regimes herrscht eine Atmosphäre von Frieden und Ruhe im ganzen Land. Jeden Tag singen die Vögel friedlich, die Menschen gehen ihren alltäglichen Verpflichtungen nach und freuen sich an der Heiterkeit, die das ganze Land erfüllt. Warum nur muß die private Presse ständig voreingenommene und erfundene Geschichten von sich geben, die da lauten ‚Kriegswolke hängt über dem Land‘, ‚Die herrschende Partei ist in Unordnung‘ etc.?" Ein zweiteiliger Grundsatzartikel, der unter dem Titel „Die sogenannte freie Presse in Äthiopien" im November 1997 in der Regierungszeitung *The Ethiopian Herald* erschien, zeigt deutlich die offizielle Einschätzung der freien Presse, die vom Autor konsequent „private" Presse genannt wird: Ihre Geschichten würden auf wilden Gerüchten basieren, sie wären von den politischen Interessen ihrer Eigentümer geleitet, die in ihrer Mehrheit Kader des alten Regimes seien, Fortschritte in der Entwicklung des Landes würden negiert, die Regierung würde ständig grundlos beschuldigt etc. „Dagegen ist die Regierung sehr geduldig mit der privaten Presse", so der Autor, „obwohl sie oft gegen das Presserecht verstößt, unternimmt die Regierung lediglich Schritte, um die Situation zu verbessern." Auch der Ausschluß der privaten Presse von offiziellen Pressekonferenzen ist Gegenstand des Artikels: „Wie der Premierminister bereits sagte, eine Pressekonferenz des Premierministers oder des Präsidenten zu besuchen, ist eine Einladung und kein Recht. Die Einladung ergeht an qualifizierte und akkreditierte Journalisten und nicht an ‚Journalisten‘, die erfundene Berichte schreiben. Das einzige Kriterium, diese Chance zu bekommen, ist: Hört auf zu lügen!"

Mitte November 1997 thematisierte ein offizielles Symposium die Informationspolitik der Regierung anlässlich des Weltinformationstages. Im staatlichen Fernsehen wurde zwei Tage lang ausführlich über diese Konferenz berichtet, die **amharischsprachige** Regierungszeitung *Addis Zemen* verkündete auf ihrer Titelseite: „Zugang zu Information ist ein Recht!" Die freie Presse reagierte sarkastisch: „Es ist lächerlich, daß uns Regierungsvertreter erzählen, wir hätten ein Recht auf Information, wir wissen, daß wir es haben, aber sie erlauben uns nicht, es auszuüben. Dieselben Regierungsvertreter, die hier das Recht auf Information verkünden, lassen die Vertreter der Presse noch nicht einmal in ihre Ministerien. Uns werden alle Möglichkeiten genommen, vom Recht auf Pressefreiheit Gebrauch zu machen. Bezeichnenderweise wurden die Vertreter der freien Presse erst gar nicht zu diesem Symposium eingeladen." (The Reporter, 19. 11. 1997). Der Regierung sei jedes Forum, das sich mit Information und Pressefreiheit beschäftige, recht, um eine „organisierte Feindseligkeit" gegenüber der freien Presse zu verbreiten, kommentierte *The Monitor*. Dabei handele es sich um „eine gezielte Kampagne, die nach dem Schema funktioniert: Bitte, wir haben Pressefreiheit in Äthiopien garantiert, aber diese Freiheit wird grob mißbraucht. Die Intention dieser Kampagne ist tückisch. Sie zielt darauf ab, die Pressefreiheit einzuschränken, wenn nicht abzuschaffen,

während man gleichzeitig vorgibt, die Meinungsfreiheit hochzuhalten". (*The Monitor*, 4. 12. 1997).

Die aktuelle Situation ist durch extreme Polarisierung gekennzeichnet. Während die freie Presse auf ihrer „Watchdog“-Funktion beharrt und sich in ihren Kommentaren in der Tat fast ausschließlich mit den „Wolken“ beschäftigt, ist in der Regierungspresse überwiegend von „singenden Vögeln“ die Rede. Die Artikel weisen hier fast alle das gleiche Strukturprinzip auf, nämlich zunächst darzustellen, wie katastrophal die Situation unter dem vorhergehenden Regime war, um dann die unübersehbaren Verbesserungen zu betonen. Häufig ist der Verlautbarungsjournalismus mit pädagogischen Appellen an die Bevölkerung verbunden. Die staatlich kontrollierten Printmedien lassen sich zwar an einer Hand abzählen, dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Einfluß der freien Presse auf die Meinungsbildung trotz der zahlreichen Publikationen letztlich minimal ist - er beschränkt sich auf eine kleine intellektuelle Elite in Addis Abeba. Außerhalb von Addis werden allenfalls Regierungsblätter vertrieben, und auch diese nur in wenigen Städten. Für die 85 Prozent der äthiopischen Bevölkerung, die auf dem Land leben, ist - ebenso wie für den Großteil der Stadtbevölkerung von Addis Abeba - das staatlich kontrollierte Radioprogramm die einzige Informationsquelle. Wer über einen Stromanschluß und etwas höheres Einkommen verfügt, hat möglicherweise ein Fernsehgerät (1995 gab es 82 Fernsehgeräte pro 1000 Haushalte) - doch auch das Fernsehen ist ein Regierungsmedium. Die Zulassung privater Anbieter wird zwar von ~~seiten~~ der Regierung immer wieder in Aussicht gestellt, ist aber in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Angesichts dieser äußerst begrenzten Reichweite privater Medien erscheinen die Maßnahmen, die von Regierungsseite unternommen werden, um private Zeitungen zu maßregeln, noch unverhältnismäßiger.

## All papers in one

Ihre Leserschaft mit „ausgewogenen Informationen“ zu versorgen ist das Ziel der Herausgeber von *Press Digest*. Die 20seitige private Wochenzeitung nimmt in verschiedener Hinsicht eine Sonderstellung in der äthiopischen Presselandschaft ein. Zunächst deshalb, weil es sich um einen klassischen „Digest“ handelt, d. h. es werden keine eigenen Berichte publiziert, sondern Meldungen und Hintergrundartikel anderer Printmedien zusammengefaßt. Das von der Redaktion ausgewertete Spektrum ist dabei denkbar groß und rechtfertigt durchaus den Werbeslogan „all papers in one“: Es umfaßt die Regierungs-, die Partei- sowie die private Presse (mit Ausnahme der Sportpresse), die in den Sprachen Amharisch, Tigrinnya, Oromiffa und Englisch erscheint. *Press Digest* ist damit eine von zwei Publikationen in Äthiopien (ein ähnliches Konzept wird auch von der Wochenzeitung *Seven Days Update* verfolgt, allerdings in geringerem

Umfang), die einen Überblick über die gesamte Presselandschaft bietet und politische Debatten „überparteilich“ dokumentiert, da Positionen der Regierung wie der Opposition repräsentiert sind. Dadurch, daß jedoch überhaupt oppositionelle Stimmen zu Wort kommen, wird der *Press Digest* innerhalb des politischen Spektrums automatisch als sehr kritisch eingeordnet. Zu Beginn seines Erscheinens hatten sich staatlich kontrollierte Druckereien geweigert, Ausgaben mit kritischen Artikeln zu drucken. Seitdem die Wochenzeitung jedoch über ihre eigene Druckmaschine verfügt, war sie nicht mehr von Repressionen betroffen.

Charakteristisch ist auch, daß Publikationen aus mehreren äthiopischen Sprachen bzw. mit unterschiedlichem ethnischen Hintergrund Eingang in den Pressespiegel finden. Daß die Redaktion lokale Sprachen ins Englische übersetzt, macht den *Press Digest* zur wichtigsten Informationsquelle für die große internationale Gemeinde in Addis Abeba, die sich überwiegend aus Botschafts- und UNO-Personal sowie den zahllosen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ca. 250 in Äthiopien präsenten Entwicklungshilfeorganisationen zusammensetzt. Sie beherrschen in der Regel keine der lokalen Sprachen, können daher auch das äthiopische Radio- und Fernsehprogramm nicht verstehen und sind ausschließlich auf das - im Vergleich zur amharischsprachigen Presse - sehr schmale Segment der lokalen englischsprachigen Zeitungen (*The Ethiopian Herald* [Regierungspresse], *Addis Tribune*, *The Monitor*, *The Sun*, *The Reporter*, *Entrepreneur*) angewiesen.

## Dreierlei Systeme

Das „Cafe Peacock“ befindet sich in der Bole Road und ist berühmt für seinen guten Kaffee. Entsprechend verwundert war ich bei meinem ersten Besuch, daß es zwar vor Servicepersonal nur so wimmelte, die Terrasse und das Innere des Cafes aber kaum besetzt waren. Auf den zweiten Blick wurde mir klar, daß es sich hier offenbar eher um ein „Drive-In“-Café handelt, denn die Kellner waren vor allem damit beschäftigt, ihre Tablets durch die dichtgedrängten Autoreihen auf dem davorliegenden Parkplatz zu balancieren, um die Autoinsassen mit den unterschiedlichsten Arten von Kaffee zu versorgen. Es erschien mir absurd, daß sich in einem Land, das über einen ausgezeichneten lokalen Kaffee verfügt und diesem „Nationalgetränk“ im privaten Rahmen eine aufwendige Kaffeezeremonie widmet, plötzlich amerikanische Fast-Food-Sitten einschleichen. „Das hat überhaupt nichts mit Fast-Food-Kultur zu tun“, wurde ich von meinen äthiopischen Begleitern belehrt, mit dem Auto ins Cafe zu fahren wäre vielmehr eine Angewohnheit, die aus Zeiten des Militärregimes stamme. Nur so habe man sich ungestört und unbelauscht über Politik unterhalten können.

Die politische Geschichte Äthopiens in diesem Jahrhundert ist aus verschiedenen Gründen bemerkenswert. Das Land gehört zu den wenigen



Staaten Afrikas und Asiens, die sich nicht infolge kolonialer Herrschaft, sondern durch interne Prozesse gebildet haben. Innerhalb Afrikas ist es das einzige Land, das sich militärisch erfolgreich gegen jegliche Kolonisierung wehren konnte. Der Sieg Äthiopiens über Italien 1896 war der erste einer afrikanischen Armee über eine europäische, seit Hannibal mit seinen Elefanten die Römer schlug! Das einzige europäische Intermezzo bildete die Besetzung Äthiopiens durch Truppen Mussolinis zwischen 1935 und 1941. Innerhalb der letzten Jahrzehnte lösten sich in schneller Folge drei völlig unterschiedliche politische Systeme ab. Bis zum Sturz des Kaisers Haile Selassie 1974 herrschte hier Afrikas älteste und absolutistischste Monarchie. Haile Selassie I - ihr letzter Vertreter - kann als *die* dominante Figur der äthiopischen Geschichte des 20. Jahrhunderts gelten: Er war 1930 gekrönt worden, hatte die Regierungsgeschäfte aber de facto schon seit 1916 geführt. Nach 1974 etablierte sich in Addis Abeba das radikalste marxistisch-leninistische Militärregime des Kontinents unter der Führung von Mengistu Haile Mariam, der von manchen als „Schwarzer Stalin“ bezeichnet wird. Mit der Flucht Mengistus nach Zimbabwe (wo er noch heute unter dem Schutz Präsident Mugabes lebt) und der Eroberung Addis Abegas durch Einheiten der EPRDF begann 1991 in Äthiopien das jüngste politische Experiment: Demokratie und Marktwirtschaft.

Die autokratische Regentschaft Haile Selassies, die im sozialistischen Äthiopien als „Feudalismus“ scharf kritisiert wurde, liegt inzwischen offenbar für manche Teile der Bevölkerung lange genug zurück, um sie nostalgisch verbrämen zu können. Dagegen ist die Erinnerung an den lückenlosen Kontrollapparat Mengistus und vor allem an den jahrelangen Bürgerkrieg mit seinen Hunderttausenden von Opfern noch sehr deutlich und durchweg bedrückend. So finden sich in manchen Läden Bilder des Kaisers an der Wand, und unter den einfachen Leuten ist immer wieder zu hören: „Damals war alles billiger“, oder „Er hat wie ein Vater für sein Volk gesorgt.“ Als Erbe der sozialistischen Epoche lassen sich im Stadtbild von Addis neben einigen monumentalen Denkmälern vor allem die häßlichen Betonbögen an größeren Straßen finden, deren aufgemalte sozialistische Embleme schon weitgehend abgeblättert sind. Niemand scheint diesem Regime heute nostalgische Erinnerungen abgewinnen zu können, selbst ehemalige Parteimitglieder und Kader erinnern sich in erster Linie an dessen repressive Struktur. Nur der Ausflug auf den Parkplatz des Cafes erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit.

## Äpfel und Birnen

Nicht nur die Regierungspresse, sondern auch internationale Beobachter neigen dazu, die derzeitige innenpolitische Situation immer mit Bezug auf das vormalige Regime zu bewerten. Äthiopien sei nach einer furchtbaren Epoche des Krieges und der Verwüstung auf dem Weg, Voraussetzungen

für gutes Regieren zu schaffen, äußerte z. B. der niederländische Außenminister bei seinem Besuch im Januar 1998. „Wir sollten zurückhaltend sein mit unserem Urteil über dieses Land, in dem es nie Demokratie gab, das ganz von vorne anfangen mußte“, so Hans van Mierlo. Nahezu wortgleich hatte sich wenige Wochen zuvor Madeleine Albright, die Außenministerin der USA, während ihres Aufenthaltes in Addis Abeba geäußert: „Es ist schwierig, nach so vielen Jahren autoritärer Herrschaft gut zu regieren. Demokratie ist immer ein Prozeß.“ Mit dem Begriff „Demokratisierungsprozeß“ hat der Westen eine Sprachregelung gefunden, die das Problem der de facto nicht existierenden Demokratie in Äthiopien elegant umgeht. Besser zu sein als das vorherige Regime ist bereits ausreichend, um das Gütesiegel „Gutes Regieren“ („good governance“) verliehen zu bekommen. „Was sollen diese ständigen Vergleiche?“, kommentiert Beyene Petros, Vorsitzender der oppositionellen Partei SEPDC (Southern Ethiopian Peoples' Democratic Coalition) die westlichen Einschätzungen. „Man kann Äpfel nicht mit Birnen vergleichen. Die EPRDF-Regierung ist jetzt seit sieben Jahren an der Macht, lange genug, um nach ihren eigenen Versprechen beurteilt zu werden. Das Mengisturegime hat nie vorgegeben, eine Demokratie zu sein, hat nie behauptet, politische Parteien wären zugelassen. Aber diese Leute haben eine gerissene Art, auf dem Papier und in der Öffentlichkeit alles anzubieten, um es hinterher zu stehlen. Was unter dem Strich rauskommt, ist letztlich dasselbe.“ Er wirft westlichen Beobachtern vor allem vor, Demokratie mit zweierlei Maß zu messen: „Sie würden diese Situation in ihren Ländern nie akzeptieren, aber wenn es um uns geht, heißt es, das ist gut genug.“

1988 als Zusammenschluß verschiedener Guerillabewegungen gegründet, war die EPRDF ursprünglich marxistisch-leninistisch ausgerichtet. Besonders deutlich war diese Ausrichtung bei der TPLF (Tigray People's Liberation Front), der bis heute dominanten Gruppierung innerhalb der EPRDF, die bereits 1975 mit dem bewaffneten Kampf gegen die Regierung in Addis Abeba begonnen hatte. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa erwies sich die TPLF 1990 unter Führung von Meles Zenawi als flexibel und pragmatisch genug, um dem Marxismus abzuschwören und sich fortan die Demokratie auf ihre Fahnen zu schreiben. Nach dem militärischen Sieg der EPRDF wurde Meles Zenawi 1991 Übergangspräsident und versprach, den Bürgerkrieg zu beenden und in Äthiopien eine Demokratie zu etablieren. Auf weltweite Anerkennung stieß 1993 die unblutige Sezession Eritreas. Nach drei Jahrzehnten Befreiungskampf der EPLF (Eritrean People's Liberation Front) entschied sich die Bevölkerung der Nordprovinz in einem Referendum mit 98,8 Prozent für die Unabhängigkeit von Äthiopien. Der ehemalige Waffenbruder Meles Zenawis, EPLF-Führer Isaias Afeworki, wurde Staatspräsident Eritreas.

Deutliche Kritik an der dominierenden Stellung der EPRDF und der von ihr gebildeten Übergangsregierung wurde 1994 im Vorfeld der Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung laut. Die Regierung hindere oppositionelle Parteien an ihrer Arbeit, Mitglieder würden schikaniert,

Parteibüros geschlossen, klagten Kritiker. Das Wahlergebnis bestätigte den Ausschluß der Opposition: 502 von 555 Mandaten konnte die EPRDF für sich verbuchen. Nach der Verabschiedung der Verfassung im Dezember 1994 verschärften sich die Spannungen zwischen Übergangsregierung und Opposition vor den Parlamentswahlen 1995 erneut. Versammlungsfreiheit, Sicherheitsgarantien für ihre Parteimitglieder und die Entlassung politischer Gefangener forderte die Allianz der wichtigsten Oppositionsparteien CAFPD (Council of Alternative Forces for Peace and Development). Nachdem auch Vermittlungsbemühungen der USA zu keinem Ergebnis führten, entschied sich die Opposition, die Wahlen zu boykottieren. Mit diesen Parlamentswahlen (aus denen die EPRDF, wie nicht anders zu erwarten war, mit 483 von 537 Sitzen als Siegerin hervorging) und der anschließenden Regierungsbildung unter Premierminister Meles Zenawi war der Übergangsprozeß zur Demokratie nach offizieller Lesart abgeschlossen.

## Spielregeln

„Bis heute wird uns von internationalen Beobachtern der Wahlboykott von 1995 vorgeworfen“, so Beyene Petros, Vorsitzender der Regionalpartei SEPDC wie der nationalen Parteienallianz CAFPD, „wir hätten nicht gewagt, die EPRDF herauszufordern.“ Um diesem Vorwurf zu begegnen, nahm die SEPDC Ende Dezember 1997 an den Kommunalwahlen („woreda-elections“) in der Süd-Region teil. Was laut Beyene als „Pilotprojekt im Hinblick auf die Parlamentswahlen im Jahr 2000“ gedacht war, erwies sich als ein weiteres Wahldebakel. Die Ankündigung der Wahlen erfolgte kurzfristig und völlig überraschend. Dies sei bereits illegal, so Beyene, der Wahltermin widerspreche dem Fünf-Jahres-Zyklus und außerdem sei dies ein undemokratisches Manöver, um eine fristgerechte Registrierung oppositioneller Kandidaten zu verhindern. Trotz dieser bürokratischen Einschränkungen gelang es der SEPDC, in drei Landkreisen („woredas“) 24 Kandidaten zu nominieren. Doch die Behinderungen seitens der Regierungspartei waren damit nicht zu Ende: „Mitglieder und Unterstützer der SEPDC wurden nicht als Wähler registriert. EPRDF-Kader drohten unseren Kandidaten und Unterstützern, sie von ihrem Land zu vertreiben etc.“ Außerdem habe es am Wahltag selbst erhebliche Manipulationen gegeben, klagt Beyene: „An einigen Orten waren die Urnen schon vor der Öffnung des Wahllokals mit Stimmzetteln gefüllt. Acht unserer Parteimitglieder wurden verhaftet, als sie sich über die Wahlfälschung beschwerten.“ Entsprechend düster sieht der Oppositionsführer nach diesem „Pilotprojekt“ die Aussichten für die Parlamentswahlen im Jahr 2000. „Die Regierungspartei hat ein Konzept der hundertprozentigen Herrschaft, sie will alles bis hin zu jeder einzelnen Kommune kontrollieren. Diese Leute sind nicht bereit, das Wahlspiel gemäß den Spielregeln zu spielen. Sie wollen ein paar Alibiparteien und -kandidaten, aber keine ernsthafte Konkurrenz.“

Die westlichen Geberländer kennen die Klagen der Opposition, halten sich jedoch mit offizieller Kritik an der Regierung deutlich zurück. Insbesondere die USA sind bereit, der sogenannten neuen Generation afrikanischer Führer - zu denen neben Meles Zenawi und Isaias Afewerki auch Yoweri Museveni (Uganda) und Jerry Rawlings (Ghana) gezählt werden - im Hinblick auf demokratische Standards deutlich Nachlaß zu gewähren. Äthiopien ist für die USA der wichtigste Verbündete in Ostafrika und genießt - nicht zuletzt in seiner Funktion als Frontstaat gegenüber dem ungeliebten Sudan — massive militärische Unterstützung. (Nach Angaben der privaten Zeitung *Beza* steht Äthiopien diesbezüglich unter den afrikanischen Ländern südlich der Sahara an erster Stelle). Auch der Präsident der Weltbank, James Wolfensohn, zeigte sich vom Reformwillen Äthiopiens so „tief beeindruckt“, daß er Ende Januar 1998 ein 509 Millionen US-Dollar Kreditprogramm zusagte. Es handelt sich dabei nicht nur um die höchste Summe, die einem afrikanischen Land von der Weltbank je zuteil wurde, sondern bestätigt auch, daß Äthiopien im Westen als Musterknabe gilt, den es zu belohnen gilt: Ein Drittel des gesamten Weltbanketats für das subsaharische Afrika wird 1998 nach Äthiopien gehen. „Wir haben nichts gegen die Kredite, mit denen wir derzeit überschüttet werden“, kommentierte die private Zeitung *Beza*, „wir bewerten aber das Leben und die Menschenrechte unserer Landsleute höher als die Kredite des weißen Mannes.“ Es solle nicht vergessen werden, „daß sich derzeit Zehntausende von Menschen im Gefängnis befinden, daß eine große Zahl von Bürgern mit abweichenden politischen Haltungen entführt wurde und spurlos verschwunden ist, daß viele vergeblich auf ihr Verfahren warten, da die Gerichte völlig unzureichend funktionieren“.

## Was geht hier vor?

„Wenn ich mit Äthiopiern spreche, sind die jeweiligen Informationen je nach Quelle völlig widersprüchlich. Es ist ganz unterschiedlich, was als ‚Fakten‘ wahrgenommen wird!“ Hans van Mierlo, der niederländische Außenminister und ehemalige Journalist machte im Interview mit einer Reporterin aus seiner Hilflosigkeit keinen Hehl: „Ich bin nicht in der Lage herauszufinden, was hier eigentlich vorgeht.“ In seiner Beurteilung der komplexen innenpolitischen Lage setzte sich jedoch der Staatsmann gegenüber dem Journalisten durch. Angesprochen auf die 21 inhaftierten Kollegen entschied sich Hans van Mierlo für die offizielle Lesart und betonte, auch im niederländischen Recht seien Gewaltverherrlichung und Aufstachelung zum Rassenhaß verboten. Für westliche Besucher und Journalisten, die eine öffentliche Diskussionskultur und etablierte Kommunikationskanäle gewohnt sind, ist die äthiopische Situation in der Tat alles andere als „offensichtlich“, denn Konzepte wie Öffentlichkeit und Transparenz genießen keinen hohen Stellenwert, Informationen zu „verobjektivieren“ ist daher außerordentlich mühsam. Erschwert wird eine politische

Einschätzung dadurch, daß die im Westen übliche Einordnung politischer Akteure entlang eines „rechts/links“-Schemas in die Irre führt. Dieselben Befreiungsbewegungen, die eine „linke“ Opposition gegenüber dem „linken“ sozialistischen Militärregime betrieben haben, vertreten heute „rechte“ wirtschaftspolitische Konzepte. Gleichzeitig plädiert eine „rechte“ Opposition, der auch ehemalige Kader des „linken“ Mengisturegimes angehören, für Privatbesitz an Land, während die Regierung am „linken“ Prinzip des staatlichen Landbesitzes festhält. Für zusätzliche Verwirrung sorgt, daß Regierung wie Opposition ein vitales Interesse an westlicher Unterstützung und ihren Diskurs perfekt an den Sprachgebrauch und die Erwartungen der internationalen Gesprächspartner angepaßt haben.

„Die westlichen Besucher, Politiker etc. verstehen die Psychologie hier nicht. Sie nehmen den Regierungsdiskurs für bare Münze“, kritisiert Beyene Petros: „In ihrer Kultur kann ein Staatsoberhaupt zwar taktische Formulierungen wählen, aber es kann nicht in aller Öffentlichkeit lügen. Politische Touristen können sich einfach nicht vorstellen, daß ein führender Politiker schlicht lügt, um seine Zwecke zu erreichen.“ Umgekehrt wirft die Regierung ihren Kritikern ebenfalls vor, um westliche Gunst zu buhlen, indem „Lügen“ verbreitet würden: „Die Opposition hat eine Opfermentalität, die sie der internationalen Gemeinschaft präsentiert, um Unterstützung für ihre fälschlichen Behauptungen zu erlangen, Äthiopien sei keine demokratische Gesellschaft“, so der Sprecher des Parlaments, Dawit Yohannes, in einem Interview. Um „Falschinformationen der Opposition“ zu korrigieren, brach Außenminister Seyoum Mesfin Ende 1997 gar zu einer Europareise auf. Er reagierte damit auf einen Appell des Europäischen Parlaments an die äthiopische Regierung, die Einschüchterungen und Verhaftungen von Journalisten zu beenden. Wohlwissend, daß Begriffe wie „Demokratie“ und „Menschenrechte“ den Schlüssel zu westlichen Geldern darstellen, von denen Äthiopien vollständig abhängig ist, läßt die Regierung keine Gelegenheit aus, diese Begriffe in ihrem Sinne zu „besetzen“. Im Gegenzug wird auch die Opposition nicht müde, die Abwesenheit von Demokratie und Menschenrechten zu konstatieren. Bereits 1994, anläßlich der Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung, stellte Siegfried Pausewang, ein norwegischer Wahlbeobachter, fest: „Die politischen Positionen sind so verhärtet, daß politische Argumente ihren Wert zum Großteil verloren haben. Während der Gegner versteckter Motive verdächtigt wird, ist jede Gruppe davon überzeugt, die demokratische Ordnung gepachtet zu haben, die es gegen die geheimen bössartigen Pläne der anderen zu verteidigen gilt.“ Eine Einschätzung, die durchaus auch heute noch gelten kann.

## Ein Volk oder 80 Völker?

Das auffallendste Merkmal der zahlreichen Gruppen, Parteien und Organisationen, die das derzeitige politische Spektrum Äthiopiens bilden, ist, daß sie sich ausnahmslos „ethnisch“ definieren, was bereits in ihren Namen

klar zum Ausdruck kommt. Selbst die Regierungspartei EPRDF, deren Name „Ethiopian Peoples's Revolutionary Democratic Front" auf den ersten Blick keine ethnische Referenz aufweist, folgt diesem Muster, denn sie ist ein Verbund verschiedener „ethnisch" begründeter Parteien (Tigray People's Liberation Front/TPLF, Amhara National Democratic Movement/ANDM, Oromo People's Democratic Organisation/OPDO etc.). Vordringliches Ziel aller politischen Akteure ist es, die Interessen der eigenen ethnischen Gruppe zu vertreten. Angesichts der Tatsache, daß in Äthiopien ca. 80 Völker leben, von denen einige in keinster Weise politisch repräsentiert werden, wohingegen in anderen Fällen konkurrierende Parteien oder Bewegungen einen alleinigen Vertretungsanspruch erheben, ist unschwer vorstellbar, wie unübersichtlich die Situation ist. Fast jeder politische Konflikt - historisch wie aktuell - läßt sich auch als Kampf um bzw. gegen die Vormachtstellung einer ethnischen Gruppe interpretieren.

Der Sieg der EPRDF unter Führung der Tigray bedeutete für die Amharen, ihre dominante Rolle zu verlieren, die sie nahezu während des gesamten 19. und 20. Jahrhunderts in der Region innehatten. Bis 1991 hatten die Amharen die Rolle einer internen „Kolonialmacht" gespielt: Der Expansion des amharischen Königreiches von Shoa unter Menelik II (1889-1913) Richtung Süden verdankt der moderne äthiopische Staat seine Entstehung und seine bis heute im wesentlichen geltenden Grenzen. Nachdem Menelik II durch die Unterwerfung nicht-amharischer Völker das Reichsgebiet verdoppelt hatte, war sein Nachfolger Haile Selassie I bestrebt, das ethnisch heterogene äthiopische Reich durch Zentralisierung und „Amharisierung" zu integrieren und konsolidieren. Als Vorbild diente hierfür die französische Kolonialpolitik. So wurde z. B. - analog zur Strategie in den französischen Kolonien, wo die Teilnahme am politischen Leben die Beherrschung einer exklusiven Sprache voraussetzte - Amharisch im Verwaltungs- und Justizsektor zur allein gültigen Amtssprache erklärt, während der Gebrauch aller anderen Sprachen verboten wurde. Auch Schulbildung oder Rekrutierung in die Armee bedeutete für die Mitglieder anderer ethnischer Gruppen unweigerlich Amharisierung: Nicht-Amharen erhielten hier z. B. auch neue christliche (amharische) Namen. Alle sollten Äthiopier werden, indem sie zu Amharen gemacht wurden.

Zwar waren auch die Tigrays Opfer dieser Amharisierungspolitik, dennoch nahmen (und nehmen) sie im äthiopischen Vielvölkerstaat eine Sonderrolle ein, denn Amharen und Tigrays beziehen sich beide auf gemeinsame jahrtausendealte abessinische Traditionen: Sie verbindet nicht nur dieselbe christlich-orthodoxe Religion, die beiden semitischen Sprachen (Amharisch und Tigrinnya) benutzen auch dieselbe Schrift (Geez). Beide Völker fühlen sich aufgrund ihrer Geschichte, Religion und Schriftkultur den anderen, „unzivilisierten" Völkern gegenüber deutlich überlegen. Umgekehrt repräsentieren Amharen wie Tigrays in der Wahrnehmung der Völker, die im Süden, Südosten und Westen Äthiopiens leben, eine autoritäre, hierarchische und dominante abessinische Kultur- und Herr-

Schaftstradition, die in erster Linie darauf abzielt, nichtabessinische Völker auszubeuten, wenngleich die Ausbeutung historisch nicht durch Tigrays, sondern durch Amharen - genauer gesagt durch die amharische Aristokratie - erfolgte.

## Zurück zum Zeichentisch

Die politische Tradition amharischer Dominanz zu brechen, war nicht nur explizites Ziel der verschiedenen Befreiungsbewegungen gegen Mengistu - die sich alle auf der Basis ethnischer Zugehörigkeiten definierten -, sondern auch wichtigstes Anliegen der EPRDF nach der Regierungsübernahme: Wollte sie den Bürgerkrieg beenden, mußte sie dem ethnischen Faktor Rechnung tragen. Anstatt eine äthiopische/nationalstaatliche Identität jenseits oder neben ethnischer Zugehörigkeit zu betonen (wie dies in den meisten afrikanischen Ländern der Fall ist), wählte die neue Regierung ein extrem „multikulturelles“ und in dieser Form weltweit einmaliges Modell, wonach sich die äthiopische Identität erst aus der Summe aller ethnischen Identitäten ergibt. Die Einbindung ethnischer Gruppen in das äthiopische Staatswesen soll zudem auf „freiwilliger“ Basis erfolgen, d. h. einzelne Völker können sich auch für unabhängig erklären. Die Verfassung von 1994 präsentiert sich in ihrer Präambel als „ein Vertrag zwischen Nationen, Nationalitäten und Völkern, die historisch das Staatsterritorium Äthiopiens bewohnen“. Der Nationalstaat konstituiert sich als eine Föderation aus „Staaten, deren Grenzen gemäß Siedlungsstruktur, Sprache, Identität und Zustimmung der betroffenen Bevölkerung verlaufen“ (Art. 46), und alle „Nationen, Nationalitäten und Völker in Äthiopien haben das bedingungslose Recht auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf Sezession“ (Art. 39). Auch auf die naheliegende Frage, wer eigentlich eine Nation, Nationalität oder ein Volk bildet, versucht die Verfassung eine Antwort zu geben: nämlich „eine Gruppe von Menschen, die in großem Maße eine gemeinsame Kultur oder ähnliche Sitten haben oder teilen, die sich sprachlich gegenseitig verstehen, die glauben, eine gemeinsame oder verbindende Identität und einen gemeinsamen psychologischen Charakter zu haben und die ein identifizierbares, überwiegend angrenzendes Territorium bewohnen“. Um die politischen Beziehungen zu restrukturieren, wurden neun Regionen („Bundesstaaten“) neu definiert. Sie haben ihre eigenen Parlamente und Regierungen, verabschieden ihre eigenen Gesetze, bestimmen ihre jeweiligen offiziellen Sprachen und können eine regionale Flagge hissen. Am heterogensten ist dabei die Süd-Region (Southern Ethiopian Peoples and Nationalities Region), in der ungefähr 70 verschiedene Nationalitäten zusammengefaßt wurden.

Vor allem das verfassungsmäßig garantierte Sezessionsrecht ist nach wie vor umstritten. Eine „Desintegration des äthiopischen Staates“ befürchtet der Wissenschaftler Tewaflos Amlak und nennt als Beispiel die Region

Oromiya. Das fruchtbare Gebiet, in dessen Mitte Addis Abeba liegt, bildet das Kernland Äthiopiens, die Oromos stellen nach offiziellen Angaben 40 Prozent, nach inoffiziellen Schätzungen sogar 50 Prozent der Gesamtbevölkerung Äthiopiens. Sollte sich Oromiya in einem Referendum für die Unabhängigkeit entscheiden, würde Äthiopien „automatisch aufhören zu existieren“, so Tewaflos, „es ist schwierig, nicht zuletzt geographisch, sich Äthiopien ohne sein Kernland, das, was heute als Oromiya bezeichnet wird, vorzustellen“. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist auch, daß Oromiya die Kornkammer Äthiopiens ist, 46 Prozent der nationalen Getreideproduktion stammen aus dieser Region - nicht nur Addis Abeba, auch die dürranfälligen Hochlandregionen sind auf die Landwirtschaft Oromiyas angewiesen. All dies dürfte aber gewieften Strategen wie Meles Zenawi oder Dawit Yohannes auch klar gewesen sein, als sie das Sezessionsrecht in der Verfassung verankerten. Der Verdacht liegt nahe, daß es sich um ein taktisches Manöver handelte, um Spannungen abzubauen und eine tatsächliche Abspaltung unwahrscheinlich zu machen. 1994, vor der Verabschiedung der Verfassung, prophezeite Meles in einem Interview: „Die Regionen werden frei sein, sich abzuspalten, aber das wird nicht passieren. Wenn wir noch einige Jahre gewartet hätten, hätten wir hier jugoslawische Verhältnisse gehabt, aber jetzt sind die Menschen frei, ihre eigenen Sprachen zu sprechen, ihre eigenen Gebiete zu verwalten. Diese Übertragung von Macht hat die Spannungen verringert.“ Und Dawit, der Sprecher des Parlaments, äußerte Anfang 1998: „Unsere Bereitschaft, zum Zeichentisch zurückzugehen, hat den Wunsch, unabhängige Staaten zu gründen, verringert.“

## Wie schreibt sich Pepsi?

Politischem Nationalismus wurde durch das Regionalisierungs- und Dezentralisierungsprogramm zweifellos Wind aus den Segeln genommen, dafür treibt nun kultureller Nationalismus seine Blüten. So tauchte Ende 1997 in der Region Oromiya zum Beispiel die schwerwiegende Frage auf, ob Pepsi-Cola für seine Produkte auf Amharisch werben darf? Nein, befanden Vertreter der Oromos und drohten dem Multi mit einem Boykott seiner Produkte. Pepsi gab klein bei und fügte sich dem erstarkenden Regionalismus: Die Werbetafeln wurden mit lateinischen Buchstaben in Oromiffa, der offiziellen Sprache Oromiyas, übermalt. Gleichzeitig kam es in mehreren Schulen Oromiyas (vor allem in Debre Zeit und Nazareth, zwei Städten, die in der Nähe von Addis liegen) zu Konflikten, weil amharische Eltern sich gegen die offizielle Linie des regionalen Erziehungsministeriums wehrten, den Schulunterricht nur noch in Oromiffa abzuhalten. Nicht-Oromo-Kinder hätten das verfassungsmäßig garantierte Recht, Unterricht in ihrer Muttersprache Amharisch zu erhalten, so die Argumentation der Eltern.



Daß sich diese Konflikte an der Sprachenpolitik entzündeten, ist kein Zufall - gerade der Gebrauch des Oromiffas ist identitätspolitisch stark aufgeladen. Während Amharisch und Tigrinja Schriftsprachen sind, wurde Oromiffa erst spät verschriftlicht: Die erste Grammatik entstand 1973 unter Oromo-Aktivisten im Exil. „Ähnlich wie bei den Kurden wurde dabei die Herstellung von Grammatiken zum Politikum, der Druck von Schulbüchern zur politischen Einmischung und das Schreiben von Gedichten zum staatsfeindlichen Akt“, so der Ethnologe und Oromo-Experte Thomas Zitelmann. Der öffentliche Gebrauch des Oromiffa war eine der wichtigsten Forderungen der nationalen Bewegung der Oromos in den 70er und 80er Jahren. Inzwischen ist Oromiffa Amtssprache in der Region Oromiya, durchgesetzt hat sich auch die Forderung, Oromiffa in lateinischen Buchstaben zu schreiben, obwohl dies von kulturellen Experten der Amharen und Tigrays zunächst heftig kritisiert wurde. Vor allem die äthiopisch-orthodoxe Kirche, die Geez auch als Liturgiesprache verwendet, versuchte, die „nicht-äthiopische“ Schrift als „teuflisch“ zu diffamieren. Wobei zu berücksichtigen ist, daß nur etwa 53 Prozent der 58 Millionen Einwohner Äthiopiens der christlich-orthodoxen Kirche angehören, ca. 32 Prozent sind sunnitische Muslime. Der Anteil traditioneller Religionen liegt bei zehn Prozent, während sogenannte „Missionschristen“ (Katholiken, Protestanten) ca. fünf Prozent der Bevölkerung ausmachen.

## Die Gretchenfrage

Schürt oder entschärft eine „ethnisierte“ Politik Konflikte? So lautet derzeit die Gretchenfrage in Äthiopien. Während die Regierung ihr Regionalisierungsprogramm als Beitrag zur Entschärfung der „ethnischen Zeitbombe“ (Meles Zenawi) sieht, hält Thomas Zitelmann das ganze für ein „Experiment in kulturellem Nationalismus, dessen Folgen noch nicht absehbar sind“. Obwohl die Forderungen nach kultureller und administrativer Autonomie erfüllt sind, ist er skeptisch: „Die derzeitige Form der Selbstverwaltung baut Haß auf der Ebene ethnischer Abgrenzungen nicht ab. Dazu trägt auch bei, daß der nunmehr zweifelsohne vorhandene Spielraum für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aktivitäten keine Entsprechung auf der politischen Ebene findet.“ In der Tat verbrämt der administrative Föderalismus die zentralistische Politik der EPRDF: Wie in allen anderen Regionen wird auch in Oromiya die Regionalregierung von einer Satellitenpartei der EPRDF, in diesem Fall der OPDO (Oromo People's Democratic Organisation) gebildet - eine indirekte Kontrolle durch das Zentrum ist dadurch auch im dezentralisierten System gewährleistet. Zitelmann sieht Parallelen zum britischen System der „indirekten Herrschaft“, zu „Stalins Nationalitätenprinzip, selbstverständlich bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der führenden Rolle der Partei“, und nicht zuletzt zur „imperialen Praxis“ der Amharen. Vor allem dieses letzte Argument ist sehr häufig zu hören: trotz

aller Rhetorik von ethnischer Selbstbestimmung und Gleichheit würde die alte semitische Dominanz fortgesetzt, der Unterschied würde lediglich darin bestehen, daß die Tigrays an die Stelle der Amharen getreten seien.

Um diesen Vorwurf zu entkräften, achtete die Regierung schon sehr früh auf ethnischen Pluralismus in (symbolisch) wichtigen Bereichen: Das Kabinett wurde mit Vertretern unterschiedlicher ethnischer Gruppen besetzt (vier Amharen, vier Oromos, zwei Guraghes, je ein Tigray, Somali, Afar, Harari, Hadiya, Kambata, Wolaita); das Amt des Staatspräsidenten - der allerdings nur repräsentative Funktionen hat - wird von Negasso Giddada, einem Oromo, bekleidet. Den drei größten Bevölkerungsgruppen trägt der staatliche Rundfunk- und Fernsehsender Rechnung, indem Programme in Amharisch, Oromiffa und Tigrinja ausgestrahlt werden. Und auch die Vergabe von Studienplätzen erfolgt nach einem ethnischen Quotensystem. Doch die Quoten sind nicht unumstritten - die prozentualen Angaben zur Zusammensetzung der äthiopischen Bevölkerung stellen ein Politikum dar. Laut offiziellem Zensus stellen die Oromos 40 Prozent, die Amharen 20 Prozent und die Tigrays zwölf Prozent der Bevölkerung. Inoffizielle Angaben beziffern den Anteil der Tigrays jedoch auf lediglich sieben Prozent. Selbst wenn man die offiziellen Daten zugrundelegt, bilden die Tigrays zahlenmäßig eine deutliche Minderheit - ihr politisches Gewicht, das sie als dominante Gruppe innerhalb der EPRDF besitzen, erscheint in der Tat stark überdimensioniert. „Die Quoten sind natürlich zugunsten der Tigrays frisiert“, stellt ein Oromostudent fest, „aber andererseits gibt es für Nicht-Amharen durch diese Regelungen jetzt wenigstens Chancen auf einen Studienplatz oder eine Verwaltungsstelle.“

„Es ist eine Tatsache, daß unsere Ressourcen von der derzeit regierenden Partei kontrolliert und nach Tigray abgezweigt werden. Wenn es um Entwicklung geht, wird Tigray die Priorität gegeben unter dem Vorwand der Förderung einer ‚vom Krieg betroffenen Region‘“, beklagt Galassa Dilbo, Generalsekretär der OLF (Oromo Liberation Front), in einem Interview. Bevorzugung der Tigrays und Klientelismus sind Vorwürfe, die nicht nur von Vertretern dieser (von der Regierung verbotenen) Oppositionspartei im Exil erhoben, sondern die auch in Addis Abeba immer wieder vorgebracht werden. Die Bewegung von Menschen, Gütern und Kapital zwischen den einzelnen Regionen sei stark eingeschränkt, stellt Tewaflos Amlak fest, „es gibt verdeckte und offene Bevorzugung auf ethnischer Grundlage, die Regionalregierungen widersetzen sich dem Transfer von Gütern und Dienstleistungen aus ihrer Region, und Kapital wird nur in Gebiete investiert, wo die eigene ethnische Gruppe in der Mehrheit ist“. Nebeneffekte einer ethnisierten Politik, die nach Einschätzung von Beobachtern stark entwicklungs-hemmend wirken.

So berechtigt die Kritik an Regionalisierung und ethnisch geprägter Politik im Zweifelsfalle sein mag, so schwierig ist es aber auch, den Wahrheitsgehalt vieler dieser Vorwürfe zu überprüfen, denn auch die gesamte politische Debatte ist „ethnisiert“: Verteidigt jemand die Regierungspolitik, so liegt der Verdacht nahe, er oder sie sei Tigray und profitiere von diesem

System. Kommt die Kritik von seiten der amharischen Intelligenz, so läßt sich nie ausschließen, daß „Gekränktheit“ über den Verlust der Führungsrolle im Spiel ist. Kritik aus dem Umfeld der OLF hat häufig die Funktion, einen diffusen Oromo-Nationalismus zu bedienen und die eigene politische Konzeptlosigkeit zu überdecken. Das Wissen um die ethnische Zugehörigkeit des Gegenübers ist in Äthiopien selbstverständlicher Bestandteil der alltäglichen Kommunikation und geradezu unentbehrlich für jede politische Debatte, denn Argumente können mit dem Verweis auf den ethnischen Hintergrund des Diskussionsteilnehmers leicht diskreditiert werden. Aber auch Außenstehende können den „ethnischen Faktor“ in der Debatte nicht ignorieren - um Aussagen zu relativieren, ist es notwendig, die mögliche „Voreingenommenheit“ der Gesprächspartner zu kennen. Eine abschließende Bewertung vorzunehmen, ob das äthiopische Modell funktioniert, ist mit Sicherheit verfrüht. Daß die derzeitige „ethnisierte“ Politik Konflikte sowohl entschärft als auch schürt, ist wohl die angemessenste, wenngleich unbefriedigende Antwort auf Äthiopiens Gretchenfrage.

## Regen

Verläßt man Addis, verlieren diese Diskussionen an Relevanz, für die ländliche Bevölkerung ist von Interesse, wem der Boden gehört und ob es zur rechten Zeit genügend regnet. Die Situation der Landbevölkerung zu verbessern, die 85 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, zählt zu den zentralen Anliegen der EPRDF. Dieser Schwerpunkt kommt nicht von ungefähr, denn die TPLF führte ihren Befreiungskampf in den ländlichen Gegenden Tigrays und hätte ohne die Unterstützung der bäuerlichen Bevölkerung nicht überlebt. Erst das Land entwickeln und dann die Städte, lautet das politische Credo. Eine immense Aufgabe, denn die Ernährungsicherung ist in vielen Gegenden nach wie vor prekär - gerade die Tigray-Region ist besonders von Bodenerosion betroffen und anfällig für Dürre. Man ist daher zu Recht stolz darauf, daß sich die Hungerkatastrophen der 80er Jahre seitdem nicht mehr wiederholten. Erosionsbekämpfung, Ertragssteigerung durch verbesserte Sorten, Schaffung von Reserven und ein verbessertes Frühwarnsystem sind die Maßnahmen, die Nahrungsmittelengpässe verhindern sollen. Was bleibt, ist die Abhängigkeit vom Regen. Die Erträge der traditionell betriebenen Landwirtschaft, die mit geringem Düngemittel- und Pestizideinsatz arbeitet und nicht künstlich bewässert, ist vollständig von günstigen Wetterverhältnissen abhängig. Ende 1997 zeigte sich dies in aller Deutlichkeit: Nachdem die eigentliche Regenzeit in einigen Gebieten nur unzureichende Niederschläge mit sich gebracht hatte und das Wachstum behindert war, kam es gegen Ende des Jahres - bedingt durch das Klimaphänomen El Nino - vielerorts zu heftigen Regenfällen und Überschwemmungen, die die Ernte ruinierten. Die staatliche Präventionsbehörde (Desaster Prevention and Preparedness Commission)

sah sich daher im November 1997 gezwungen, die Geberländer um 570 000 Tonnen Nahrungsmittelhilfe für 4,26 Millionen Menschen zu bitten. Ein herber Rückschritt - ist man doch bestrebt, nach außen das Image vom ewigen Hungerland los zu werden und in den eigenen Reihen eine apathische Hilfsempfängermentalität nach dem Motto „Soll es doch in Kanada regnen!“, zu bekämpfen. Die Bemühungen der Regierung, Katastrophen langfristig zu verhindern, werden zwar einhellig begrüßt, eine im Dezember 1997 veröffentlichte Untersuchung der ECA (Economic Commission for Africa) über die sozio-ökonomische Situation in Äthiopien enthielt jedoch Hinweise darauf, daß die bäuerliche Bevölkerung auch ihre eigenen Vorsorgemaßnahmen trifft: Zwei Drittel waren der Ansicht, daß gegen Hunger und Dürre nur Beten hilft.

10,5 Milliarden Birr, rund 2,6 Milliarden Mark, umfaßt der gesamte äthiopische Staatshaushalt 1997/98. Daß das gesamte Budget „geringer ist als ein Waigelsches Haushaltsloch“, wie ein deutscher Diplomat scherzt, zeigt die extreme Armut dieses Landes. Die 750 Millionen Mark, die im Haushalt für Investitionen eingeplant sind, bestehen zu mehr als einem Drittel aus Zuwendungen und Krediten externer Geldgeber wie der African Development Bank, der Weltbank, Schweden, Japan und der EU. Um die Entwicklung des Landes zu fördern, sollen in den nächsten Jahren vor allem Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Straßenbau, Energie und Telekommunikation umgesetzt werden - Maßnahmen, die auch von der Weltbank als vordringlich erachtet werden, wie das jüngste umfangreiche Kreditprogramm zeigt. Zwar weist Äthiopien seit dem Regierungswechsel ein eindrucksvolles Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich sieben Prozent auf, mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 110 US-Dollar liegt das Land jedoch im weltweiten Vergleich an vorletzter Stelle, gefolgt lediglich von Ruanda. Auch der von der UNO 1997 publizierte Bericht zur menschlichen Entwicklung, der nicht nur monetäres Einkommen berücksichtigt, sondern Faktoren wie Bildung, Gesundheitsversorgung, Lebenserwartung, Ernährung, Trinkwasserversorgung etc. einbezieht, rechnet Äthiopien zu den sechs ärmsten Ländern der Welt.

## Land

Von Anfang an ließ die Regierung keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie am staatlichen Landbesitz, den das sozialistische Regime 1975 eingeführt hatte, festhalten werde. Ein Grundsatz, der auch verfassungsmäßig verankert wurde: Nach Artikel 40 liegen die Eigentumsrechte an Grund und Boden ausschließlich beim Staat, Land kann nicht verkauft werden, und Bauern erhalten kostenlose Nutzungsrechte. Lautete die Begründung in den 70er Jahren, daß durch eine Verstaatlichung die feudalen Strukturen von Großgrundbesitz und Leibeigenschaft abgeschafft würden, sieht die EPRDF darin ein soziales Sicherungssystem. In dem Moment, wo Land

verkauft werden könne, so die Argumentation, würde die verarmte Landbevölkerung dies in Notsituationen tun, um dann in die Städte abzuwandern, die keineswegs in der Lage seien, Landflüchtlingen eine ökonomische Perspektive zu bieten. Der Vorwurf der Opposition, hier zeige sich das „wahre sozialistische“ Gesicht der Partei, ist insofern überzogen, als mit Ausnahme des staatlichen Landbesitzes in der Tat kapitalistische Prinzipien gelten: Individuelle Nutzungsrechte können nicht nur vererbt, sondern auch verpachtet werden, und landwirtschaftliche Produkte werden auf Märkten gehandelt. Eine wichtige Neuerung ist auch, daß erstmalig in der Geschichte Äthiopiens Frauen ein grundsätzliches Recht auf Eigentum und Land zugestanden wird.

Einer 1997 abgeschlossenen Studie der Universität von Addis Abeba zufolge, die 84 Prozent aller ethnischen Gruppen in Äthiopien untersuchte, besitzen in den ländlichen Regionen nur vier Prozent aller Frauen Land und knapp fünf Prozent eigenes Vieh. Als Grund hierfür wird das traditionelle Recht genannt, das auf dem Land neben der offiziellen Gesetzgebung eine große Rolle spielt. In nahezu allen Gebieten des Landes ist es Frauen traditionellerweise nicht erlaubt, eigenes Land oder Eigentum zu besitzen. Allenfalls Witwen haben in Ausnahmefällen Zugang zu Land. Während die sozialistische Landreform Frauen keine Fortschritte brachte - der Boden wurde nur an männliche Haushaltsvorstände verteilt -, verankert die Verfassung von 1994 gleiche Rechte für Frauen und Männer ausdrücklich auch in bezug auf Zugang, Nutzung, Verwaltung und Weitergabe von Land. Aufgabe der Regionen ist es nun, die Grundsätze der Verfassung in regionalen Gesetzen und Landreformen umzusetzen. Bislang ist dies zwar nur in der Region Amhara erfolgt, dort profitierten Frauen jedoch deutlich von der neuen Regelung: Nach offiziellen Angaben waren von den 547 087 Personen, denen Land neu zugeteilt wurde, 129 682 Frauen. In der Region Tigray wird derzeit ein Gesetz zur Umverteilung des Landes vorbereitet. Hier verbesserte sich die Situation bereits während der Zeit des Befreiungskrieges, als die TPLF - deren bewaffnete Kräfte zu einem Drittel Frauen waren - das Gebiet kontrollierte und Land an Frauen verteilte.

„Die Politik ist sehr progressiv, vor allem in Tigray“, so die Juristin Meaza Ashenafi, Vorsitzende der äthiopischen Juristinnenvereinigung EWLA (Ethiopian Women Lawyers Association). „Ich wundere mich, wie sie es schaffen, den Gedanken der gleichen Rechte dort umzusetzen angesichts des wenigen zur Verfügung stehenden Ackerlandes.“ In Gebieten, in denen es verhältnismäßig wenig fruchtbares Land gibt, birgt jede Neuverteilung Konfliktstoff. Ein zusätzliches Problem, das sich im ganzen Land stellt, ist, daß die Parzellen durch Erbteilung von Generation zu Generation kleiner werden. Ein Hektar Land wird als Mindestvoraussetzung für bäuerliche Subsistenz betrachtet. Nach Angaben der ECA-Studie haben jedoch z. B. in der Region Tigray 63,7 Prozent der Bäuerinnen und Bauern weniger als einen Hektar zur Verfügung, 73,1 Prozent bewirtschaften unzusammenhängendes Land. Zwar gibt es noch zahlreiche dünn besiedelte Gebiete und brachliegendes Land, gleichzeitig weist Äthiopien jedoch mit

3,2 Prozent Bevölkerungswachstum auch eine der weltweit höchsten Wachstumsraten auf. Es wird daher interessant sein, weiter zu verfolgen, inwieweit sich die Vorgaben der Verfassung (auch gegen traditionelles Recht) umsetzen lassen. Juristinnen und Parlamentarierinnen werden nicht müde zu betonen, wie essentiell Landrecht für Frauen ist. Landbesitz bedeutet weniger Abhängigkeit vom Ehemann oder - im Falle von ledigen, geschiedenen oder verwitweten Frauen - von der Familie. Will oder kann eine Frau das Land nicht selber bewirtschaften, weil sie z. B. keine Ochsen besitzt, so kann sie es verpachten und damit ein - wenn auch mageres - Einkommen erzielen.

## Traglasten

In ländlichen Gebieten eine Frau zu treffen, die keine schweren Lasten schleppt, ist so gut wie ausgeschlossen. Ist es kein Kind, so ist es ein Eimer mit Wasser. Ist es kein Kanister, Krug oder Lederbeutel mit Wasser, ist es ein Sack Getreide. Oder eine Kalebasse mit Butter. Oder alles zusammen. Schier unglaublich sind die Mengen an Brennmaterial, die Frauen kilometerweit schleppen, um Injera-Fladen, das wichtigste Nahrungsmittel, backen zu können. Auch in Addis Abeba - wo in 90 Prozent aller Haushalte auf offenem Feuer gekocht wird - gehören die Frauen und Mädchen mit ihren immensen Holzlasten zum Straßenbild. Sie gehen langsam und gebückt, ihr Oberkörper ist bis auf Kniehöhe vorgebeugt, und auf ihrem Rücken türmen sich Eukalyptusäste, die manchmal mehr wiegen als die Trägerin - 35 oder 40 Kilo sind keine Seltenheit. Frauen haben in Äthiopien in jeder Hinsicht schwer zu tragen, und die naheliegende Phantasie, einfach jede Frau mit einem Esel auszustatten, würde nicht ausreichen, um all die Bürden und Benachteiligungen zu beseitigen. „Es gibt so viele Dinge, die wir tun sollten“, gesteht Meaza Ashenafi, „und wir sind die einzige äthiopische Nichtregierungsorganisation, die sich mit Frauenrechten beschäftigt.“ Neben der kostenlosen Rechtsberatung von Frauen und ihrer Vertretung vor Gericht erstellt die Organisation auch Expertisen, auf deren Grundlage Gesetzesänderungen vorgenommen werden können. Denn zahllose Gesetze, die aus der Zeit des Kaisers oder des Militärregimes stammen und unverändert Anwendung finden, müssen in den nächsten Jahren im Einklang mit der neuen Verfassung geändert werden.

Vordringlich ist eine Änderung des Familienrechts, das Frauen „in jedem seiner 27 bis 30 Paragraphen diskriminiert“, so Frauenministerin Tadelech Haile-Michael. Auch für die EWLA hat das Familienrecht oberste Priorität: Von den ca. 1 000 Fällen, die die Organisation vertritt, betreffen 90 Prozent diesen Rechtsbereich. Im ganzen Land ein progressives und einheitliches Familienrecht zu etablieren, wird jedoch nicht einfach sein, denn dafür sind laut Verfassung die Regionen zuständig. Notwendig sind auch Gesetze zum besseren Schutz vor Gewalt: Es gibt bislang keinen wirksamen rechtlichen

Schutz gegen Genitalverstümmelung, von der 90 Prozent aller Frauen betroffen sind. Die traditionelle Praxis der Kinderbräute - das offizielle Heiratsalter für Mädchen ist 15 Jahre, für Jungen 18 - führt zu verfrühten Schwangerschaften, körperlichen Schäden und dazu, daß Mädchen frühzeitig die Schule verlassen. Entführung von unwilligen Bräuten und Vergewaltigung wird bislang nicht angemessen bestraft - im Falle einer anschließenden Heirat geht der Täter sogar straffrei aus. Abtreibungen sind prinzipiell illegal, selbst nach einer Vergewaltigung. Die Liste des frauenpolitischen Reformbedarfs ließe sich endlos fortsetzen. Auf Regierungsseite treffen die Juristinnen der EWLA auf Interesse und guten Willen. „Wir haben die Geschlechterdebatte aufgebracht und einen Diskussionsrahmen vorgegeben, jetzt greifen andere das Thema auf, vor allem Parlamentarierinnen sind sensibilisiert“, stellt Meaza fest. Die fortschrittliche Verfassung in entsprechende Gesetze zu fassen wäre ein riesiger Fortschritt. Inwieweit Frauen dann von ihren Rechten Kenntnis haben und Gebrauch machen, steht auf einem anderen Blatt. Denn der Einfluß von traditionellem Recht, von islamischem Recht und christlich-orthodoxem Diskurs ist nicht zu unterschätzen. „Es gibt da noch viele sensible Punkte und erheblichen Diskussionsbedarf“, so Mezas diplomatischer Kommentar.

## Wahrheiten

Nach drei Monaten Aufenthalt ein Fazit zu ziehen, ist nicht leicht. Zeichen zu deuten, Strukturen zu enträtseln und Einschätzungen zu treffen, scheint in Äthiopien für westliche Besucher in der Tat schwierig zu sein. Sicher ist nur eins, nämlich daß es viele Wahrheiten gibt, geschriebene und informelle, unaussprechliche und offizielle, unsichtbare, ethnisierte, kolportierte und viele mehr. Ein Land, das seine Geheimnisse zu wahren weiß.